

FDP
Die liberale ZugNFA-Beitrag begrenzen:
2000 Franken pro Kopf sind genug.

www.kleeb.ch

Wählt Kleeb!



ZENTRALSCHWEIZ

ZUG

NEUE LUZERNER ZEITUNG NEUE URNER ZEITUNG NEUE SCHWYZER ZEITUNG NEUE OBWALDNER ZEITUNG NEUE NIDWALDNER ZEITUNG NEUE ZUGER ZEITUNG

Kanton

Die Gleichstellung bleibt umstritten

Mehrheitlich ist man sich einig, dass die Chancengleichheit wächst. Einigen Kantonsräten reicht das jedoch nicht.

VON FREDDY TRÜTSCH
freddy.truetsch@neue-zz.ch

Der Regierungsrat beantragt dem Kantonsrat, die bisherige Kommission für die Gleichstellung von Frau und Mann unter dem neuen Namen Kommission für Chancengleichheit von Frau und Mann zeitlich auf acht Jahre befristet weiterzuführen. Damit will er einen weiteren Schritt hin zur tatsächlichen Gleichstellung machen (wir haben berichtet). Die Chancengleichheit soll schwerpunktmässig in den Bereichen Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Bildung und Jugendliche sowie in Politik und Recht (allgemeine Gleichstellungsfragen) mit gezielten Massnahmen gefördert werden. Die Regie-

rung möchte der Kommission auch einen grösseren finanziellen Spielraum gewähren.

Fortschritte gemacht

Die vorberatende Kommission des Kantonsrats unter der Leitung von Bar-



«Eine Weiterentwicklung hat stattgefunden.»

BARBARA STRUB,
FDP, OBERÄGERI

bara Strub (FDP, Oberägeri) hat nun in den vergangenen Wochen das Geschäft ausführlich beraten. Grossmehrheitlich

war man sich im Gremium einig, dass die Gleichstellung in den letzten zwölf Jahren Fortschritte gemacht hat, dass die Sensibilisierung für dieses Thema erfolgreich war. «Eine Weiterentwicklung hat in den letzten Jahren stattgefunden. Die Gleichstellung ist heute nicht mehr nur ein Frauenanliegen», schreibt Strub in ihrem Bericht. Gleichstellung müsse gelebt werden. Wie viel jedoch eine Kommission oder der Kanton noch dazu beitragen könne, darin gingen die Meinungen bereits auseinander. Tatsache ist, dass die gesetzlichen Vorgaben, welche mit dem Bundesgesetz verlangt werden, mit der Verordnung zu diesem Gesetz und der Schaffung der Schlichtungsstelle im Kanton Zug erfüllt sind.

Keine Einigung

Kein Geheimnis ist: Viel Übereinstimmung war in der Kommission nicht auszumachen. Einer Minderheit war fast alles zu wenig. Die Chancengleichheit sei in einigen Bereichen noch nicht erreicht (Teilzeitstellen, der Lohn, fami-

lienergänzende Kinderbetreuung und Tagesschulen). Auch auf politischer Ebene gebe es Handlungsbedarf, seien doch Frauen in der Regierung und im Kantonsparlament untervertreten. Der Kanton sei verpflichtet, die bestehenden Defizite aktiv zu verringern. Gestritten wurde ferner um die Fragen: Soll eine Kommission unter neuem Namen mit einem Teilzeitsekretariat weiterarbeiten, oder kann man sie auflösen? Wäre eine Fachstelle, die rund 360 000 Franken kostet, noch wirkungsvoller? Es wurde diskutiert, die Direktion des Innern arbeitete gar einen Zusatzbericht aus – wesentlich weiter brachte das die Kommission nichts.

Antrag wird abgelehnt

Dass es schliesslich den Stichtenscheid der Präsidentin brauchte, um überhaupt über die Details beraten zu können, zeigt auf, wie zerstritten man in der Kommission war. Allerdings: Erreicht wurde selbst damit nichts. Mehrheit und Minderheit der Kommission fanden sich nicht einmal auf dem

EXPRESS

- ▶ Die Regierung will die Gleichstellung weiterführen.
- ▶ Eine Kommission lehnt den Antrag deutlich ab.

kleinsten Nenner. Uneinig blieb man, in welcher Form die Aufgabe der tatsächlichen Gleichstellung wahrgenommen werden soll. Man entschied sich schliesslich nach langem Hin und Her für eine Fachstelle für Chancengleichheit (100 Stellenprozente), wie sie in den meisten Kantonen besteht und die 360 000 Franken jährlich kosten würde. Doch diese Einigung war offensichtlich taktisch bedingt. Denn in der Schlussabstimmung beantragte die Mehrheit (9:5), die Vorlage im Kantonsrat abzulehnen.

Das Fazit: Man braucht kein Hellseher zu sein, um zu erahnen, dass damit die Vorlage auch im Kantonsrat mehrheitlich abgelehnt werden wird.